

01. 07. 92

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung vom 14.—18. Mai 1992 in Banff, Kanada

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 14. bis 18. Mai 1992 in Banff ab. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag

Abg. Klaus Francke (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Hans Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Jörg van Essen (F.D.P.)
Abg. Katrin Fuchs (SPD)
Abg. Michael Glos (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Werner Hoyer (F.D.P.)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU)
Abg. Brigitte Schulte (SPD)
Abg. Dr. Klaus Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wiczorek (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (CDU/CSU), Bayern
Senator Peter Radunski (CDU/CSU), Berlin
Minister Gerhard Glogowski (SPD), Niedersachsen
Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz
Minister Hans-Jürgen Kaesler (F.D.P.), Sachsen-Anhalt

Ablauf der Tagung

Die Frühjahrstagung wurde am 18. Mai 1992 von Präsident **Charlie Rose** (Vereinigte Staaten) in Banff eröffnet. Die Ausschüsse tagten am 15. und 16. Mai 1992.

Vor Eintritt in die Debatte nahm Präsident Rose die Delegationen aus der Russischen Föderation, Weißrußland und der Ukraine feierlich als assoziierte Mitglieder in die Nordatlantische Versammlung auf.

Präsident **Charlie Rose** leitete die Parlamentarische Aussprache zum Thema „Die transatlantischen Beziehungen“ ein. Angesichts der gewaltsamen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien müsse das Bündnis Mechanismen entwickeln, um angemessen und effizient zur Krisenvermeidung und Konfliktlösung beizutragen. Von den zahlreichen internationalen Organisationen sei bislang keine politisch legitimiert oder militärisch organisiert, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Mit der Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrates habe die NATO auf die neuen Bedingungen flexibel und rasch reagiert. Nun baue Nordamerika militärisches Potential in Europa ab, wolle jedoch aufgrund seiner historischen Wurzeln und Bindungen sowie eigenen Interessen weiterhin dort Verpflichtungen übernehmen. Für die NATO stelle sich die Frage, wie sie dazu beitragen könne, um in einer effizienteren Verknüpfung mit der KSZE Krisenherde Europas zu befrieden. Mit der Verteidigungsplanung, der Koordinierung nationaler Verteidigungspolitiken, den gemeinsamen Standards und Zielen bei den Streitkräften und der integrierten Kommandostruktur verfüge das Bündnis über ein einmaliges Instrumentarium, das es zum Krisenmanagement einsetzen könne. In diesem Sinne müsse zunächst die politische Führung entscheiden, ob sie das Bündnis mit friedens-

erhaltenden Missionen betrauen wolle und in einem nächsten Schritt die militärische Führung beauftragen, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Dann erst könne die NATO im Rahmen der VN oder der KSZE tätig werden.

Abschließend würdigte Präsident Rose die Aktivitäten der NAV zur Einbindung der Länder Mittel- und Osteuropas und äußerte sich zuversichtlich über die zukünftige Rolle der Versammlung als Bindeglied zwischen NATO und KSZE. Präsident Rose dankte den ausgeschiedenen Mitgliedern Abg. **Sir Patrick Duffy** (Vereinigtes Königreich) und Senator **Orlando** (Italien) für ihre langjährige engagierte Arbeit in der Versammlung. Danach bat Charlie Rose die Delegierten um Unterstützung für die im Anhang abgedruckte Erklärung „Die jugoslawische Tragödie: Lehren für das Bündnis“. Unter Hinweis auf die angesichts der Bedeutung des Themas zu knappe Beratungszeit legte u. a. die deutsche Delegation ihr Veto mit dem Ergebnis ein, daß die Erklärung nicht im Plenum beraten wurde. Stattdessen konnte jeder Delegierte durch seine Unterschrift die Erklärung unterstützen.

Anschließend sprach die parlamentarische Staatssekretärin im kanadischen Verteidigungsministerium, **Mary Collins**. Unter Hinweis auf Kanadas historische und kulturelle Wurzeln unterstrich sie, daß die Sicherheit ihres Landes mit der Europas untrennbar verknüpft sei. Seit 1951 seien kanadische Truppen in Europa stationiert, zuvor hätten viele Kanadier während der beiden Weltkriege dort ihr Leben gelassen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation und dem Zusammenbruch der UdSSR sei eine Kurskorrektur bei den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen erforderlich. Kanada unterstütze die Ausarbeitung eines kooperativen Rahmens, der Nordamerika beinhalte. Bei der Fortentwicklung der NATO verfolge Kanada drei Hauptziele: erstens, die NATO als Konsultationsforum für Fragen der Abrüstung und Sicherheit beizubehalten, zweitens, das Prinzip der kollektiven Sicherheit in geringerem Umfang aufrechtzuerhalten und drittens, das Bündnis zu ermutigen, mit den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas engere Beziehungen zu knüpfen. Die aufgrund der angespannten Haushaltslage umfassende Überprüfung der kanadischen Verteidigungspolitik im Jahr 1991 habe zu einer Umschichtung der finanziellen Ressourcen im Verteidigungshaushalt geführt. Mit dem Wegfall der Bedrohung von seiten der ehemaligen Sowjetunion habe das Verteidigungsministerium den Schwerpunkt seiner Streitkräfte auf die Bereiche zivile Verwendung, kollektive Sicherheit innerhalb der NATO, internationale friedenserhaltende Missionen und humanitäre Hilfe verlagern können.

Als Ausgleich für die Schließung zweier Stützpunkte in Deutschland und vor dem Hintergrund der immer stärkeren Proteste der Öffentlichkeit gegen militärische Übungen in Europa bot Mary Collins an, über gemeinsame Übungsmöglichkeiten europäischer und nordamerikanischer Streitkräfte in ihrem Land nachzudenken.

Abschließend begrüßte sie die Entwicklung der NATO seit dem Londoner Gipfel und sah die Allianz als den Wegbereiter für eine Wertegemeinschaft, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden legen könne.

Wegen des aktuellen Bezuges zum Erdgipfel in Rio de Janeiro erhielt der Generalberichterstatter des Ausschusses für Wissenschaft und Technik, Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), mit Zustimmung der Versammlung die Gelegenheit, seinen Bericht über den „Erdgipfel und die Zerstörung der Ozonschicht“ vorzulegen. Einleitend bemerkte Sir Peter Emery, daß die Erwartungen in den Erdgipfel inzwischen geringer seien als noch vor einem Jahr. Industrie- und Entwicklungsländer trenne eine tiefe Kluft. In Rio sei ein Kernproblem der Umfang der Hilfeleistungen, welche die hochentwickelten Länder an die armen Staaten der Welt zahlen sollen, damit diese ihren Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten können. Vorsichtige Schätzungen der Vereinten Nationen hätten ergeben, daß die Berücksichtigung von Umwelteinflüssen bei langfristigen Entwicklungsprogrammen eine Verdoppelung und die Finanzierung von Maßnahmen zur Gesundung der Umwelt eine Verdreifachung der Entwicklungshilfe voraussetzen würde; in Zahlen ausgedrückt bedeutete dies 175 Milliarden Dollar jährlich. Angesichts der Haushaltsengpässe in den NATO-Ländern und dem Ruf nach Unterstützung aus den osteuropäischen Ländern sah Sir Peter Emery in absehbarer Zeit keine Möglichkeit, die Entwicklungshilfe signifikant zu erhöhen. Zweifellos würden die Industrieländer auch weiterhin finanzielle Unterstützung gewähren, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Nehmerländer sich verpflichteten, die Menschenrechte zu achten, ihre Militärhaushalte auf ein vertretbares Maß zurückzuführen und Mißwirtschaft zu beseitigen. Auf die Frage eingehend, ob der Erdgipfel seinen Schwerpunkt auf die Umwelt oder auf die Entwicklungspolitik gelegt habe, verwies der Berichterstatter darauf, daß die Industrienationen 75 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes und damit die größte Umweltzerstörung verursachten und rief die reichen Länder auf, sich dieser Verantwortung endlich zu stellen. Zum Schluß führte Sir Peter Emery eindringlich vor Augen, daß seit Menschengedenken noch nie so viele Tier- und Pflanzenarten ausgestorben seien und das Weltklima sich so nachhaltig verändert habe wie gegenwärtig. Im Interesse der zukünftigen Generationen plädierte der Berichterstatter für einen Kompromiß zwischen Arm und Reich.

Die Delegierten verabschiedeten den Bericht ohne Aussprache und beauftragten Präsident Rose, ihn den Teilnehmern des Erdgipfels zu übermitteln.

Abg. **Fascell** (Vereinigte Staaten) kommentierte die transatlantischen Beziehungen aus amerikanischer Sicht. Trotz innenpolitischer Schwierigkeiten und einflußreicher Stimmen, die sich für eine Verringerung des amerikanischen Engagements in Europa aussprächen, gebe es im Kongreß mehrheitlich die Ansicht, daß ihre Aktivitäten innerhalb der NATO sinnvoll und wichtig seien.

Er halte am Prinzip des Multilateralismus fest. Die Vereinigten Staaten wollten und müßten in Europa präsent sein, um auf dieser Basis auch den Ländern Mittel- und Osteuropas helfen zu können.

Zur europäischen Perspektive der transatlantischen Beziehungen äußerte sich zuerst der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Abg. **Bouvard** (Frankreich), aus der Sicht seines Landes. Selbstbewußt könnten die Europäer auf die Beendigung des Kalten Krieges blicken, angesichts der Verwerfungen in Europa fehle jedoch die richtige Orientierung. Aus der Bipolarität sei eine Multipolarität entstanden und mit der Desintegration Osteuropas und der Armut dieser Welt stehe Europa vor zentralen Aufgaben. Dazu benötige es Einheit, Kraft und klare einfache Antworten. Um die globalen Herausforderungen lösen zu können, müßten Europäer und Amerikaner auch weiterhin eng kooperieren. Im Nordatlantischen Kooperationsrat sah Bouvard ein geeignetes Instrument, die KSZE zu stärken. Die NAV habe dafür bereits eine gute Grundlage geschaffen, als sie die Rose-Roth-Initiative umsetzte und die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas assoziierte. Bei der jüngsten Reise des Politischen Ausschusses habe er sich persönlich davon überzeugen können, auf wie fruchtbaren Boden diese Initiative gefallen sei.

Für den abwesenden Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, Abg. Karsten D. Voigt, erläuterte der stellvertretende Ausschußvorsitzende Abg. **Rompkey** (Kanada), daß die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft in einer weiteren und tieferen Sicherheitspartnerschaft liege, in die auch die GUS eingebunden werde. Die veränderte NATO müsse im Rahmen der KSZE zur Bildung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur beitragen. Der Nordatlantische Kooperationsrat sei ein erster, wenn auch zu zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Da von der ehemaligen Sowjetunion keine Bedrohung mehr ausgehe, sei jetzt die Chance, eine stabile und dauerhafte Sicherheitspartnerschaft aufzubauen, drastisch abzurüsten und auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten. Die Militärstruktur der NATO müsse unter Aufrechterhaltung ihrer integrierten Konsultations- und Kooperationsinstrumente dahingehend umstrukturiert werden, daß regional und global abgerüstet werde, Mechanismen zur präventiven Konfliktverhütung und zum Krisenmanagement ausgebaut würden und im Rahmen von Missionen des Kooperationsrates, der KSZE und der VN friedenserhaltende Aktivitäten möglich seien.

Der Beitrag des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich), war auf die wirtschaftlichen Aspekte der transatlantischen Beziehungen abgestellt. Abg. Wiggin unterstrich die enge Verknüpfung von Sicherheit und Wirtschaft und plädierte dafür, nicht aus wirtschaftlichen Gründen die Sicherheitsbande mit Nordamerika zu lösen. Beide Wirtschaftsmächte — die EG und die USA — könnten und müßten partnerschaftlich ihre Probleme lösen.

Abg. **Onyszkiewicz** (Polen) stellte fest, daß sich die Warschauer Vertragsorganisation infolge der Überwindung der Teilung Europas aufgelöst habe. Darüber sei in seinem Land niemand traurig gewesen, die Warschauer Vertragsorganisation sei ohnehin nie von der Bevölkerung als Interessenvertretung akzeptiert worden, denn ihre Ideologie sei seinen Landsleuten bis zuletzt fremd geblieben. Die Staaten des ehemali-

gen Warschauer Pakts begrüßten es, assoziierte Mitglieder in der NAV zu sein. Die NATO betrachteten sie nun als stabilisierenden Faktor in Europa und identifizierten sich mit ihren Zielen. Zukünftig seien sie bereit, an der Umorientierung und Anpassung der Allianz an die neuen politischen Gegebenheiten mitzuwirken.

Abg. **Hicks** (Kanada) sagte, er habe sich im eigenen Land wiederholt und nachdrücklich für einen Verbleib kanadischer Truppen in Deutschland ausgesprochen. Staatssekretärin Collins habe zuvor die Gründe für den Abzug kanadischer Soldaten genannt. In vielen Punkten teile er ihre Auffassungen, befürworte jedoch eine fortgesetzte militärische Präsenz in Deutschland. Als Kompromißlösung schlug er vor, drei Infanteriekompanien als Symbol für das weitere Interesse Kanadas an Europa und der NATO jeweils in Frankreich, England und Deutschland zu belassen. Im Gegenzug könnten Truppen aus den genannten Ländern in Kanada üben.

Abg. **Lello** (Portugal) gab zu bedenken, daß vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Engpässe in den Vereinigten Staaten und Europa und angesichts der neuen komplexen Multipolarität die transatlantischen Beziehungen geschwächt werden könnten. Um so wichtiger sei es gerade jetzt, die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und historischen Beziehungen zu bewahren, ohne dabei jedoch die ärmeren Länder der Welt zu vergessen. Ebenso unverzichtbar sei es, die transatlantischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, gemeinsam mit Amerika die Umorientierung des Bündnisses zu gestalten, sich den ehemaligen Gegnern zuzuwenden und eine europäische Sicherheitsarchitektur zu entwerfen.

Abg. **Petersen** (Norwegen) nannte die Einrichtung des Nordatlantischen Kooperationsrates als ein Beispiel für die Umorientierung der NATO. Die Lösung weiterer Probleme stehe noch aus, wie z. B. friedensbewahrende Missionen der NATO und „out-of-area“-Einsätze. Es gebe keinerlei Anlaß, die transatlantischen Beziehungen in Frage zu stellen. Mit ihren Konsultations- und Koordinierungsmöglichkeiten biete sie gute Voraussetzungen, um zu einem europäischen Sicherheitsgefüge beizutragen. Die jüngsten Ereignisse hätten gezeigt, wie wenig man auf Krisensituationen vorbereitet gewesen sei. Abschließend wies Petersen darauf hin, daß Norwegen an Rußland grenze und seine Landsleute an dem Schicksal und der Zukunft dieses Nachbarn besonderen Anteil nähmen. Deshalb befürwortete er nachhaltig, den Reformprozeß in Rußland ideell und materiell zu unterstützen.

Abg. **Inan** (Türkei) unterstrich den Beitrag seines Landes bei der Überwindung der Teilung Europas. Die Türkei sehe den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten darin, durch die Unterstützung der kaukasischen zentralasiatischen Staaten aktiv an dem Friedensprozeß mitzuwirken. Jetzt biete sich allen die Chance — auch den USA und Kanada —, einen gemeinsamen Weg zu beschreiten. So wie die Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges großzügig den vom Krieg zerstörten Ländern geholfen hätten, sei es nun an ihnen, den osteuropäischen Staaten hilfreich zur Seite zu stehen.

Abg. **Frinking** (Niederlande) sah in der Einbeziehung der neuen Demokratien eine Stärkung der europäischen Sicherheit und sprach sich für eine schrittweise Mitgliedschaft Ungarns, der CSFR und Polens in der NATO aus. Weitere Komponenten im internationalen Sicherheitsgefüge seien die VN, die KSZE und die WEU. Angesichts der Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien sprach sich Frinking für Friedensmissionen der NATO aus.

Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) sprach sich als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technik in seinem Beitrag für eine Stärkung der transatlantischen Bande aus. Eine solche Entwicklung sei insbesondere bei der Umweltpolitik zu begrüßen. Abg. Ibrügger forderte die Vereinigten Staaten auf, in diesem Bereich eine Führungsrolle zu übernehmen und Partner Europas zu sein. In diesem Zusammenhang äußerte Abg. Ibrügger die Hoffnung, daß auf dem Gipfel über Umwelt und Entwicklung in Rio konkrete Ergebnisse erzielt werden. Dies sei nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die Industrieländer, die sowohl Verursacher als auch Opfer ihrer Umweltpolitik seien, von herausragender Bedeutung.

Abg. **Ryabow** (Russische Föderation) stellte die Schaffung geeigneter Instrumentarien in seinem Land in Aussicht, um im wirtschaftlichen Bereich aufzuholen. Dabei sei die Konversion militärischer auf zivile Produktion eine unverzichtbare Voraussetzung. Begleitet würden diese Anstrengungen von einer radikalen Umstrukturierung der russischen Streitkräfte und der Ausarbeitung einer neuen Militärstrategie. Eine Lösung, um die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu vermeiden, stehe noch aus. Auch in dieser Frage hoffe Osteuropa ebenso auf amerikanische Hilfe wie beim Aufbau demokratischer Strukturen. Ausgehend von dem multilateralen Ansatz werde Rußland zur Festigung der transatlantischen Beziehungen und Schaffung einer dem Frieden verpflichteten neuen Weltgemeinschaft beitragen.

Abg. **Dr. Klaus Dieter Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) würdigte die NATO als Stabilitätsfaktor und erfolgreichstes Bündnis dieses Jahrhunderts, dessen Aufgabe es auch in der Zukunft sein werde, die territoriale Integrität zu wahren. An die Vereinigten Staaten richtete Abg. Dr. Uelhoff die Bitte, weiterhin in Europa präsent zu bleiben.

Zur Rolle der Westeuropäischen Union bemerkte Abg. Dr. Uelhoff, daß ihr keine Ersatzfunktion für die NATO zukomme. Vielmehr biete sie zusätzliche Chancen für die Sicherheitszusammenarbeit.

Eingehend auf die Situation der mittel- und osteuropäischen Staaten appellierte Abg. Dr. Uelhoff an die Partner im Westen, ihre Hilfe für diese Staaten zu verstärken. Dabei unterstrich er, daß die Bundesrepublik Deutschland sich den mittel- und osteuropäischen Staaten besonders verpflichtet fühle und wies auf den Umfang der von der Bundesrepublik Deutschland geleisteten Hilfen hin. Diese betrügen mehr als die Hälfte aller von den Staaten Westeuropas und Nordamerikas gewährten Hilfeleistungen. In diesem Zusammenhang sprach sich Abg. Dr. Uelhoff für eine Konditionierung der Hilfeleistungen aus. So könne

z. B. zwischen den Hilfen und der Einhaltung von Verträgen oder der Achtung von Grenzen ein Junktim hergestellt werden.

Abg. **Gallet** (Frankreich) warb dafür, den Vereinten Nationen wieder mehr Befugnisse zu geben. Gerade angesichts der gegenwärtigen dramatischen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien könnten die Vereinten Nationen wirksam eingreifen. Dazu sei die KSZE mit ihren Instrumentarien noch zu neu und unerfahren, in Zukunft könne sie jedoch zur Konfliktvermeidung und Streitbeilegung effizient beitragen. Jahrzehntlang habe die NATO mitgeholfen, den Frieden in Europa zu wahren. Zukünftig könne sie auf der Grundlage einer soliden transatlantischen Partnerschaft den Dialog mit dem Osten fördern und in Konfliktfällen im Dienste anderer internationaler Organisationen als Sicherheitskomponente fungieren.

Abg. **Horyn** (Ukraine) verwies auf die zahlreichen regionalen Krisenherde und forderte die NATO auf, zu der Lösung dieser Konflikte beizutragen. Er betonte ferner, daß die Ukraine unter dem Erbe des Totalitarismus leide. So seien zahlreiche Kernwaffen in seinem Land stationiert und es gebe viele ungelöste Eigentumsfragen. Möglichst bald wolle die Ukraine die taktischen Kernwaffen an Rußland zurückgeben und eigene Streitkräfte nach dem Prinzip der „reasonable sufficiency“ aufbauen. Ferner richte die Ukraine ihr besonderes Augenmerk auf die Wahrung der Menschenrechte.

Abg. **Greisch** (Luxemburg) sagte, daß Europa dank der soliden transatlantischen Partnerschaft Wohlstand habe erreichen können. Auch auf die jüngsten Veränderungen habe die NATO rasch und flexibel reagiert. Mit der Beendigung des Kalten Krieges seien alte Konflikte bereinigt, zugleich aber auch neue entstanden. Der neugeschaffene Kooperationsrat biete eine gute Plattform, Probleme anzusprechen. Bei der Lösung ernster Konflikte befürwortete Greisch eine aktive Rolle der NATO im Rahmen der KSZE. Seiner Meinung nach könne Europas Sicherheit auf einem doppelten Fundament fußen: hier die europäische und dort die transatlantische Komponente.

Abg. **Gudnason** (Island) betonte die geographisch, kulturell und politisch begründeten Unterschiede in den Auffassungen der Bündnispartner im Verteidigungsbereich. Über diese Unterschiede hinweg gelte es, Stabilität zu wahren und den Reformprozeß in Osteuropa zu unterstützen. Er warnte vor der Rückkehr zu nationalen Verteidigungspolitiken und diffusen bilateralen Übereinkünften. Die NATO allein — unter Einbeziehung der dem Frieden in Europa traditionell verpflichteten Länder Nordamerikas — biete den geeigneten Sicherheitsrahmen in und für Europa.

Abg. **Gherman** (Rumänien) betrachtete die Stabilisierung des europäisierten Pfeilers des Bündnisses als vorrangiges Ziel. Er betonte, daß sein Land fest entschlossen sei, den Demokratisierungsprozeß fortzusetzen und seine Wirtschaft zu festigen. Abg. Gherman bat die NATO, die Sicherheit seines Landes zu garantieren; Rumänien seinerseits wolle auch seinen Beitrag zur Sicherheit des Bündnisses leisten.

Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) sagte, das ausgehende Jahrhundert habe uns drei Dinge gelehrt, zum einen sei der europäische Kontinent durch Kriege verändert worden, zum anderen habe es sich als nachteilig erwiesen, wenn Nordamerika sich nicht in Europa engagierte und drittens habe sich das transatlantische Bündnis bewährt. Die NATO müsse im Interesse der Stabilität in Europa so lange fortbestehen, wie es keine geeignetere Alternative gebe. Er brachte ferner seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Kanadier ihre Absicht, Truppen aus Europa abzuziehen, nicht umsetzen werden. Abg. George unterstützte den Vorschlag, die NATO als die Sicherheitskomponente der KSZE auszubauen, und im Rahmen des Nordatlantischen Kooperationsrates den osteuropäischen Ländern konkrete Hilfe zu bieten.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) trat dafür ein, angesichts der Realitäten die militärische Komponente der NATO nicht zugunsten anderer Aspekte zu vernachlässigen. Die Präsenz der Amerikaner und Kanadier bleibe deshalb weiterhin wünschenswert. Abg. Schulte befürwortete die Intensivierung der gemeinsamen Sicherheitszusammenarbeit und hob die Bedeutung von Begegnungen von Soldaten hervor. Auch hielt sie ein Plädoyer zugunsten der Erweiterung der NATO. Das Bündnis solle den mittel- und osteuropäischen Staaten die volle Mitgliedschaft ermöglichen, wenn sie sich als parlamentarische Demokratien etabliert hätten. Sie sprach sich ausdrücklich gegen neue Aufgaben der NATO außerhalb des NATO-Gebietes aus, da sie das Bündnis nicht gern als Weltpolizei und Weltmilitärkorps verstehen wolle.

Staatsminister **Florian Gerster** (Bundesrepublik Deutschland) stellte fest, daß ihn die Debatte über die Zukunft der europäischen und transatlantischen Sicherheit mitunter an eine Vorlesung über internationale Institutionen erinnere. Er äußerte seine Überzeugung, daß so komplizierte, miteinander verflochtene Konstruktionen — wie sie gegenwärtig diskutiert würden — nur Übergangslösungen sein könnten. Staatsminister Gerster forderte die Delegierten auf, den Übergang nicht festzuschreiben und im Sinne einer echten Einbindung der Staaten Osteuropas über dauerhafte Lösungen nachzudenken. Dabei sprach er sich für einfache, überschaubare Strukturen und eine behutsame Ausweitung der NATO als dem einzigen Instrument der transatlantischen Sicherheit unter dem Dach der KSZE aus.

Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete die Diskussion als außerordentlich fruchtbar. Sie habe bei aller Vielfalt der geäußerten Meinungen deutlich gezeigt, daß die transatlantischen Beziehungen einvernehmlich als der Dreh- und Angelpunkt der NATO gesehen würden.

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für zivile Angelegenheiten tagte am 16. Mai 1992 unter dem Vorsitz von Senator **Genton** (Frankreich) und Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland).

Zunächst stellte die Generalberichterstatterin, Abg. **Brigitte Schulte**, ihren Entwurf eines Generalberichts über die sozialen und politischen Auswirkungen der Truppenreduzierungen in Mittel- und Osteuropa vor. Sie betonte, der Bericht beruhe in erster Linie auf Informationen der Nachrichtendienste sowie auf Pressemitteilungen, da bisher keine seriösen Untersuchungen zu diesem Thema durchgeführt worden seien. Als Kernprobleme der Demobilisierung nannte Abg. Brigitte Schulte die Wohnungsnot der Soldaten, den Verlust von Arbeitsplätzen sowie den sozialen Status der Frauen und Kinder. Zur Lösung des Wohnungsproblems gebe es zwar einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der früheren Sowjetunion, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet habe, vorwiegend in der Ukraine Wohnungen für zurückkehrende Soldaten zu bauen, jedoch würden diese Wohnungen an Nicht-Soldaten vergeben, die auch unter Wohnungsnot litten. Abschließend sagte die Generalberichterstatterin, sie wolle ihren Bericht für die Herbstsitzung der NAV in Brügge weiter vertiefen und mit präziseren Zahlen anreichern.

Abg. **Ruperez** (Spanien) betonte in der Diskussion die Hoffnungslosigkeit der Soldatenfamilien, die ihren Kindern weder gesellschaftliche Integration noch eine angemessene Ausbildung ermöglichen könnten.

Abg. **Bazilevsky** (Ukraine) verwies darauf, daß in der Ukraine ein Truppenabbau von 200 000 Personen vorgesehen sei. In Anbetracht der Tatsache, daß 85 % der Industrie militärisch ausgerichtet seien und nur 15 % aus eigener Kraft auf zivile Produktion umgestellt werden könnten, sei eine Konversion ohne finanzielle Unterstützung aus dem Westen unmöglich. Darüber hinaus benötige man neue, zukunftsweisende Gesetzesvorlagen.

Abg. **Uta Zapf** (Bundesrepublik Deutschland) betonte nochmals die desolate Situation der zurückkehrenden Soldaten sowie die Notwendigkeit, daß alle Länder beim Aufbau alternativer Industrien und der Schaffung von Arbeitsplätzen zusammenarbeiten; ansonsten seien erhebliche ethnische und nationale Spannungen zu befürchten. Sie appellierte an die westlichen Industrienationen, im Bereich der Abrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Abg. **Wilson** (Kanada) sprach über das Problem des Waffenexports in die Länder der Dritten Welt. Die westlichen Länder sollten geschlossen vorgehen und möglichst wenig Waffen exportieren. Hierzu ergänzte Abg. **Brigitte Schulte**, die Bundesrepublik Deutschland habe die Bedingungen für Rüstungsexporte nochmals verschärft. Darüber hinaus gelte es aber auch, den Menschen in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Ländern eine Zukunftsperspektive zu geben. Die Menschen dort hätten ihre berufliche und inhaltliche Position verloren, und es sei eine Bewußtseinsveränderung eingetreten. Die Länder des Westens sollten vor allem privates Kapital in die frühere Sowjetunion fließen lassen und diesen Ländern mit ihrer beruflichen Qualifikation zusätzlich beim Aufbau helfen. Sie warnte erneut vor einer Destabilisierung in der Region, deren Folgen für alle übrigen Staaten nicht abzusehen seien. Abg. **Horton** (Vereinigte Staaten) teilte die Anregungen von Abg. **Brigitte**

Schulte und schlug vor, die NATO könnte einen dem Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbaren Plan zur Lösung der Probleme in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten aufstellen. Abg. **Stepitchev** (Lettland) machte den Vorschlag, im Rahmen der KSZE einen Sonderfonds für zurückkehrende Soldaten einzurichten.

Abschließend appellierte Abg. **Brigitte Schulte** an alle Politiker der westlichen Länder, die einmalige Chance einer friedlichen Umgestaltung der mittel- und osteuropäischen Länder sowie der GUS-Staaten zu nutzen. Dabei betonte sie, daß die Bürgerrechte für alle Seiten gelten müßten. Die Familienbindungen und die Verwurzelung der Soldaten in den Gebieten, in denen sie stationiert seien, müsse berücksichtigt werden; die Menschen dürften nicht erneut vertrieben werden. Darüber hinaus sei die Schaffung rechtsstaatlicher Systeme in diesen Ländern erforderlich, um Garantien für die westliche Entwicklungshilfe zu erhalten.

Der Unterausschuß „Mittelmeerraum“ widmete sich in seinem zweiten Zwischenbericht von Abg. **Borderas** (Spanien) der Herausforderung durch die Demokratisierung in den Mittelmeerländern, unter besonderer Berücksichtigung der jüngsten Ereignisse in Algerien und der derzeitigen politischen Entwicklung in der Türkei. Abg. **Borderas** wies darauf hin, daß die Entwicklung in der Türkei Anlaß zu Optimismus gebe und der Weg zur Demokratie geebnet sei. Abg. **Uta Zapf** teilte diesen Optimismus und setzte hohe Erwartungen in die Umsetzung des Reformpakets der neuen türkischen Koalitionsregierung. Polizeieinheiten und Spezialtruppen müßten jedoch strenger politischer Kontrolle unterworfen werden. Sie äußerte auch ihre Besorgnis über den richtigen Einsatz der Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus. Abg. **Brigitte Schulte** brachte ihre Beunruhigung über die extrem hohe Geburtenrate in dieser Region zum Ausdruck und sprach sich für die Einleitung eines Dialogs über dieses Problem aus.

Abg. **Kavak** (Türkei) und Abg. **Borderas** sahen in Algerien den Demokratisierungsprozeß außer Kraft gesetzt. Frieden und Stabilität in der Region seien weiterhin durch das fundamentalistische System gefährdet. Abschließend gab Abg. **Ruperez** einige Anregungen zur Vervollständigung des Berichts, u. a. sollten die Arbeiten der UNO sowie die besondere Problematik der Sahara und Marokkos mit berücksichtigt werden.

In Verbindung mit dem Sonderbericht von Abg. **Hanquet** (Belgien) und Abg. **Ruperez** (Spanien) über „Rumänien: Ein unvollendeter Übergang“ berichtete der ehemalige rumänische Premierminister, **Petre Roman**, über die aktuelle Politik in Mittel- und Osteuropa und die Zukunft Rumäniens. Es gebe in Rumänien immer noch zahlreiche widersprüchliche Kräfte, insgesamt zeichne sich jedoch eine große Bereitschaft ab, für die Demokratie zu kämpfen. Dabei gelte es vor allem, dem Populismus weiterhin entgegenzutreten und die Marktwirtschaft zu fördern. Abg. **Ruperez** wies darauf hin, daß die Spuren der Ceausescu-Diktatur immer noch sichtbar seien und Rumänien verstärkt die Unterstützung des Westens brauche. Übereinstimmend wurde die Dringlichkeit der Min-

derheitenfrage bestätigt, die auch im Rahmen des KSZE-Prozesses Berücksichtigung finden sollte.

Im Zusammenhang mit dem von **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) verfaßten Bericht des Unterausschusses „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ über nationale Minderheiten in Mittel- und Osteuropa berichtete Botschafter **Luchino Cortese** über die Rolle der KSZE beim Demokratisierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa. Botschafter **Cortese** und **Lord Lucas** waren sich darin einig, daß internationale Normen auf rechtsstaatlicher Grundlage zur Lösung der unterschiedlichen Minderheitenprobleme erforderlich seien. Abg. **Dr. Harald Schreiber** (Bundesrepublik Deutschland) warnte vor einer Verallgemeinerung der Problematik; allgemeine Grundsätze seien in diesem Bereich kaum möglich. Die Schlußfolgerungen des Berichts blieben hinter dem Diskussionsstand der KSZE zurück. Der Vizepräsident des ungarischen Parlaments **Karkasai** wies darauf hin, daß die allgemeine Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder durch die Konfrontation mit den Minderheiten behindert werde. Die Abgeordneten sprachen sich übereinstimmend für eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in dieser Region sowie die Förderung von Minderheiten- und Menschenrechten aus.

Zuletzt behandelte der Ausschuß den Sonderbericht über die jugoslawische Krise, der von Abg. Jorgensen (Dänemark), Abg. Ruperez (Spanien) und Abg. Wilson (Kanada) vorgelegt wurde. Bei der anschließenden Diskussion zeigte sich eine gewisse Ratlosigkeit in bezug auf eine Lösung der Krise. Abg. **Ruperez** brachte die Machtlosigkeit der demokratischen Länder in Europa gegenüber den Ereignissen in Jugoslawien zum Ausdruck. Auf Vorschlag von Abg. **Wilson** wurde beschlossen, den Bericht für die Herbstsitzung der Nordatlantischen Versammlung in Brügge zu ergänzen und einen umfassenden Schutz aller Minderheiten in Jugoslawien anzustreben.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß beriet am 15. Mai unter Vorsitz von Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) die Berichtsentwürfe des Generalberichterstatters Abg. **Estrup** (Dänemark) und des Berichterstatters für den Unterausschuß „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“, Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland).

Als Gastredner sprachen u. a. der Abteilungsleiter für internationale Angelegenheiten der kanadischen Handelskammer in Ottawa, **Keith Martin**, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der NATO, **Daniel George**, und der frühere rumänische Premierminister **Petre Roman**.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Abg. **McMillan** (Vereinigte Staaten) für den ausgeschiedenen Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Anschließend gab Generalberichterstatter Abg. **Estrup** (Dänemark) einen zusammenfassenden Über-

blick über das Thema „Vermeidung einer wirtschaftlichen Konfrontation in der Zeit nach dem Kalten Krieg“. Unter Hinweis auf die drohende Gefahr von Regionalismus und Bilateralismus in den Industrieländern, plädierte Abg. **Estrup** dafür, den Entwicklungsländern weiterhin die Chance zur Integration in die Weltwirtschaft und -politik zu bieten. Das Fernziel einer friedlicheren und wohlhabenderen Weltordnung biete bereits die Grundlage für die Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, und mit der Beendigung des Kalten Krieges sei dieses Ziel etwas näher gerückt.

In dem Zusatzdokument „Die GATT-Runde — Neuester Stand“ skizzierte Abg. **Estrup** den Stand der sechsjährigen nun stagnierenden Verhandlungen. Verzögerungen hinderten die GATT-Teilnehmer daran, sich neuen Problemen zuzuwenden und in dem jetzigen Verhandlungspaket unberücksichtigte Reformen anzugehen. Dazu gehörten auch die immer größeren Auswirkungen von Handels- und Umweltpolitiken auf die Harmonisierung des Freihandels, die dringend untersucht werden müßten.

In der anschließenden Diskussion sagte Senator **Blin** (Frankreich) unter Hinweis auf die Führungsrolle der Vereinigten Staaten im wirtschaftlichen Bereich, daß es nicht hier Länder geben dürfe, die vom GATT profitierten und dort andere — wie die Entwicklungsländer —, die das Nachsehen hätten.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) knüpfte an eine Feststellung im Bericht an, daß die größte Gefahr für die Sicherheit von den Umweltbelastungen ausgehe und befürwortete wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Eindämmung der Bevölkerungsexplosion. Dabei sollten die NATO-Länder „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten und Ressourcen in die armen Länder der Welt transferieren.

Abg. **Dr. Norbert Wiczorek** (Bundesrepublik Deutschland) zeigte sich beunruhigt über die Fragmentierung von Interessen innerhalb des GATT. Durch intensive Überzeugungsarbeit müsse jedem einzelnen Land vor Augen geführt werden, wie wichtig GATT für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen sei.

Abg. **Caso** (Spanien) bezeichnete eine auf das einzelne Land zugeschnittene Wirtschaftsstrategie und technisches „Know-how“ als geeignetste Hilfe, welche die Industrieländer den weniger entwickelten Ländern anbieten könnten.

Als Ergebnis der Diskussion stellte Abg. **Estrup** (Dänemark) zusammenfassend fest, daß die Industrieländer letztlich wählen müßten, ob sie den Weg in die Isolation oder den der Kooperation beschreiten wollten.

Anschließend referierte **Keith Martin** über die transatlantischen Handelsbeziehungen aus kanadischer Sicht.

Aufgrund einiger, den kanadisch-europäischen Handel erschwerender Umstände, würde der Im- und Export in absoluten Zahlen zu-, in relativen Zahlen jedoch abnehmen. Gleichwohl kämen den traditionellen engen Beziehungen zwischen Kanada und Europa

weiterhin eine Schlüsselrolle zu. In zahlreichen Industriezweigen deute sich ein starkes Wachstum an, die Investitionen nähmen zu.

Zum Thema Getreideabsatz fragte Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich), ob die Kanadier tatsächlich an einer Preisliberalisierung interessiert seien. **Keith Martin** bejahte diese Frage uneingeschränkt mit der Begründung, daß die kanadischen Landwirte sehr wettbewerbsfähig seien.

Abg. **Dr. Norbert Wiczorek** (Bundesrepublik Deutschland) sprach sich für eine Öffnung der Europäischen Gemeinschaft aus, um kleineren Handelspartnern bessere Absatzmöglichkeiten auf dem EG-Markt bieten zu können. Für die kanadische Wirtschaft sah er gute Absatzchancen in den osteuropäischen Ländern in den Bereichen Telekommunikation und Infrastruktur.

Unter Hinweis auf die unterschiedlichen nationalen Bestimmungen und nicht zuletzt die verschiedenen Währungen und Sprachen in Europa, entgegnete **Keith Martin**, daß die kanadischen Geschäftsleute den europäischen Markt als sehr komplex und mitunter verwirrend empfänden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte Abg. **Dr. Norbert Wiczorek** seinen Bericht über „Tendenzen und Probleme bei der Reform im Osten und westliche Beteiligungen: Bestandsaufnahme der Wirtschaftsreformen in Bulgarien“ vor. In einem allgemeinen Überblick schilderte der Berichterstatter die wirtschaftliche Situation in den Ländern des früheren COMECON und gab ein detailliertes Bild von Bulgarien, das aufgrund seiner innenpolitischen Stabilität auf dem Balkan gute Aussichten habe, wirtschaftlich zu gesunden. Voraussetzung dafür sei allerdings, die Gefährdung durch technisch unzulängliche Kernkraftwerke zu beseitigen, die Unternehmensbesteuerung zu reformieren und Schuldenerleichterungen zu bewirken.

Der frühere rumänische Premierminister, **Petre Roman**, vertrat die während seiner Regierungszeit gewonnene Überzeugung, daß der erste Schritt zur Einführung der Marktwirtschaft in seinem Land der Aufbau einer effektiveren öffentlichen Verwaltung mit klaren Vorgaben sei. Im übrigen sah er keinen dritten Weg zwischen einer privat und einer öffentlich geführten Wirtschaft. Innerhalb der Bevölkerung müsse eine Bewußtseinsänderung weg vom kollektiven hin zum individuellen Denken und Handeln einsetzen.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Abg. **Blin** (Frankreich) die Notwendigkeit von Investitionen westlicher Länder und nannte Deutschlands Anstrengungen in den neuen Bundesländern als eine Möglichkeit, im Rahmen eines „verjüngten“ Kapitalismus den wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten.

Abg. **Slatinsky** (Bulgarien) hob die großen Anstrengungen, die sein Land auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft bereits mit Erfolg unternommen habe, hervor. So habe Bulgarien z. B. gesetzliche Regelungen zur Belebung der Wirtschaft sowie ein Privatisierungsgesetz verabschiedet. Darüber hinaus

bezeichnete er Bulgarien als Modell für den Umgang mit ethnischen Minderheiten.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** nannte Konvertibilität und Privatisierung als Grundvoraussetzung für die Kapitalbildung und bestätigte Romans Auffassung, daß dazu auch eine gut strukturierte und effiziente Verwaltung nötig sei. Im übrigen sehe man in Deutschland, daß es z. B. schwierig sei, die im reichen Westdeutschland gewachsene Steuergesetzgebung auf die neuen Bundesländer zu übertragen. Abschließend warnte Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** vor überzogenen Hoffnungen auf ausländische Investitionen und nannte die Bereitstellung von westlichem „Know-how“ als realistischere Perspektive.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Auf der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses standen die Entwürfe für den Generalbericht und drei andere Berichte, der Vortrag eines Vertreters der US-Abrüstungsbehörde sowie eine durch den Ausschußvorsitzenden, Abg. **Karsten Voigt** (Bundesrepublik Deutschland), eingebrachte Sondervorlage.

Für den abwesenden Generalberichtersteller, Abg. **van Vlijmen** (Niederlande), erläuterte der stellvertretende Ausschußvorsitzende Abg. **Rompkey** (Kanada) den Generalbericht über „Die Sicherheit des Bündnisses: Neues Umfeld, neue Herausforderungen“. Er hob die Notwendigkeit radikaler Veränderungen hervor und betonte, das Konzept der Überlegenheit des Stärkeren sei endgültig überholt: Was in Europa erreicht worden sei, habe nur durch Berücksichtigung der kleineren und schwächeren Völker gelingen können. Die Anpassung der Streitkräftestrukturen an die neuen Gegebenheiten werde zu mehr Flexibilität, Mobilität und Multinationalität führen; über Fragen der Standardisierung wie über die Bereiche Aufklärung und Kommunikation müsse neu nachgedacht werden. Hinsichtlich der Nuklearwaffen der früheren UdSSR schließlich bestehe die akute Gefahr „interner Proliferation“ ebenso wie der Verbreitung des technischen Wissens auf angrenzende und andere Staaten. Es sei daher von größter Dringlichkeit, daß alle GUS-Staaten dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beiträten.

Abg. **Estrella** (Spanien) legte den Entwurf seines Zwischenberichts über die Zukunft der Streitkräfte in der früheren Sowjetunion vor. Er stellte eine Beschleunigung des Desintegrationsprozesses fest, auf die der Westen mit verstärkten Anstrengungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung antworten müsse, um eine gewisse Kohärenz der GUS zu bewahren. Die Republiken ihrerseits müßten sich so schnell wie möglich auf die Durchführung der KSE-Bestimmungen verständigen. Bei der nuklearen Abrüstung sollte dagegen auch der Westen Zeichen setzen, wie Frankreich dies mit seinem Teststopp getan habe.

Abg. **Vos** (Niederlande) präsentierte den gemeinsam mit Abg. Richardson (Vereinigte Staaten) erarbeiteten Zwischenbericht über eine Europäische Sicherheitsidentität nach Rom und Maastricht. Er führte aus, das Abkommen von Maastricht habe eine festere, organi-

sche Verbindung zwischen der WEU und der angestrebten politischen Union geschaffen, ohne die Frage der divergierenden Mitgliedschaft zu lösen. Auch im operativen Bereich stellten sich unterschiedliche Sichtweisen des Zusammenwirkens zwischen NATO- und WEU-Planungsstäben heraus. Bevor an eine Einsatzbereitschaft von WEU-Verbänden zu denken sei, müßten schließlich noch elementare Fragen der Standardisierung und Neubeschaffung von Ausrüstung und Großgerät geklärt werden.

Als Mitglied einer assoziierten Delegation legt Abg. **Wachslar** (Ungarn) seinen Sonderbericht über „Die neuen Zusammenhänge im Bereich der Sicherheit: eine mitteleuropäische Perspektive“ vor. Er stellte fest, daß Sicherheit zunehmend zu einer relativen Größe werde angesichts der vielfältigen potentiellen Gefahren, die an die Stelle der langjährigen Konfrontation der Blöcke getreten seien. Er beschrieb drei Hauptgefahren innerhalb Europas: die vom Territorium der früheren UdSSR ausgehende Restbedrohung aufgrund der verbleibenden nuklearen und konventionellen Arsenale, die Möglichkeit ethnischer Konflikte in Vielvölkerstaaten, in denen die ungelösten Gegensätze der Nationalitäten vierzig Jahre lang verdeckt wurden, und die soziale und wirtschaftliche Instabilität, welche die demokratische Reform soviel schwieriger und unsicherer mache als etwa jene in Spanien und Portugal. Auf diese Unsicherheiten müßten sich die bestehenden Institutionen in einem Lern- und Vernetzungsprozeß einstellen. Ihre Vielfalt sei kein Zeichen von Schwäche, sondern stehe für dringend erforderliche Flexibilität und Effektivität. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde vereinbart, den Schlußbericht bis zur Vorlage auf der Jahrestagung durch Abg. **Onyszkiewicz** (Polen) um eine polnische Perspektive zu ergänzen.

Über die Anmerkungen der Delegierten zu einzelnen Passagen der Berichtsentwürfe hinaus beherrschte die Sorge um den Verbleib der Waffenbestände der früheren Sowjetarmee die Debatte. Der Abg. **Horyn** (Ukraine) stellte klar, daß die auf ukrainischem Gebiet befindlichen Waffen eine Hinterlassenschaft der sowjetischen Dislozierung seien. Bereits in der Unabhängigkeitserklärung habe sein Land sich zur nuklearwaffenfreien Zone erklärt. In diesem Sinne forderte der Abg. **Kojokin** (Russische Föderation), den START-Vertrag bilateral zu halten: ein Abkommen zwischen fünf Parteien, unter denen sich drei „vorübergehende“ Atomkräfte befänden, mache keinen Sinn. Verschiedene Delegierte sahen die Gelegenheit für einen umfassenden Teststopp gekommen und sprachen sich, wie Abg. **Katrin Fuchs** (Bundesrepublik Deutschland), für die Abschaffung aller taktischen Nuklearwaffen aus.

Zahlreiche Teilnehmer wiesen auf die ebenso große Gefahr hin, die von den vorhandenen, konventionell bewaffneten Streitkräften und dem fortgesetzten Waffenexport in alle Welt ausgehe. Abg. **Erwin Horn** (Bundesrepublik Deutschland) wies am Beispiel des Golfkrieges nach, wie die Fortführung des Waffenhandels letztlich zu einem gefährlichen Autoritätsverlust für die westliche Welt und die für ihre Werte eintretenden Vereinten Nationen führe. Auch für die aktuellen Krisenentwicklungen auf dem Balkan und

486/92

im Kaukasus wurde zu einem erheblichen Teil das Vorhandensein von größeren Waffenbeständen verantwortlich gemacht. Abg. **Stankevicius** (Litauen), als Sprecher der drei baltischen Delegationen, forderte, die fortgesetzte Präsenz der Roten Armee im Baltikum auf die Tagesordnung der KSZE zu setzen. Chancen für eine bilaterale Lösung sehe er nicht. Verschiedene Delegierte, darunter Abg. **Walter Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland), unterstützten die baltische Forderung nach einem Abzug der Roten Armee. Ein entsprechender Entschließungsentwurf der baltischen Delegierten konnte aufgrund der Geschäftsordnung nicht behandelt werden, der **Vorsitzende** kündigte jedoch seine Bereitschaft an, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sicherheit im Norden, Abg. **Sjaastad** (Norwegen), im Dialog zwischen den betroffenen Delegationen zu vermitteln.

Konventionelle Waffen waren auch Gegenstand des Vortrags von **Mike Moodie**, Abteilungsleiter für multilaterale Angelegenheiten bei der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung (ACDA) in Washington. Er berichtete, der KSE-Vertrag habe allein als Planungsgrundlage für die künftigen Streitkräftestrukturen der europäischen Staaten seinen Wert bereits bewiesen. Er müsse unbedingt bis Juli dieses Jahres ratifiziert werden, auch wenn die Nachfolgestaaten der UdSSR, insbesondere im Kaukasusraum, zur Zeit noch über die Aufteilung der Abbaquoten verhandelten. Bei einer Einigung sei auch ein zügiger Abschluß des Folgeabkommens KSE IA zu erwarten, das sich auf Mannschaftsstärken beziehe. Ebenso dürften die noch offenen technischen Fragen des Open-Skies-Abkommens (Sensorstandards, Einsatz der Flugzeuge, Kostenbeteiligungen) bis zum Sommer zu lösen sein. Abrüstung bleibe eine aktuelle Aufgabe, allerdings dürfe man nicht zuviel erwarten: Qualitative Rüstungskontrolle z. B. sei heute, da die Privatwirtschaft an der Spitze der Entwicklung stehe, kaum durchzusetzen; auch in einem ganz anderen Bereich stoße etwa die Überdehnung der geographischen Geltungsbereiche mitunter auf das Unverständnis der Beteiligten.

Das zweite große Thema der Beratungen im Ausschuß bildete die zukünftige europäische Sicherheitsstruktur. Die britischen Delegierten standen hier mit ihrer Skepsis gegenüber einer Fortentwicklung der KSZE hin zu einer Vertragsstruktur eher allein. Umgekehrt fand die von ihnen immer wieder befürwortete WEU, deren Rolle auch durch den Beobachter Abg. **Sir Dudley Smith** (Großbritannien), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU-Versammlung, hervorgehoben wurde, keineswegs einhellige Zustimmung als die alleinige Verteidigungsstruktur Europas in der Zukunft.

Ebenso wie die meisten Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten sah Abg. **Dr. Klaus Dieter Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) in der KSZE den Rahmen für eine friedliche Weiterentwicklung. Zugleich ermahnte er die Delegierten, sich auf die ursprüngliche Zweckbestimmung der NATO als Defensivbündnis zu besinnen. Zahlreiche Delegierte, insbesondere auch Vertreter der USA und Kanadas, forderten jedoch eine Bereinigung des Gewirrs von Institutionen, so auch Staatsminister **Florian Gerster**

(Bundesrepublik Deutschland). Er führte aus, die Vielfalt der historisch gewachsenen Einrichtungen sei nicht zu erhalten, zumal angesichts des Konfliktes in Jugoslawien die Dringlichkeit der strukturellen Anpassung deutlich werde; als Unterbau eines europäischen Sicherheitssystems komme nur die — gegebenenfalls erweiterte — NATO in Betracht, als übergreifende politische Klammer die KSZE.

Die Frage einer Osterweiterung der NATO wurde kontrovers erörtert. Im Verlauf der Debatte wurde deutlich, daß eine über die enge Zusammenarbeit hinausgehende Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Sicherheitsgarantien des Bündnisses bestenfalls mittel- bis langfristig denkbar wäre. Angesichts der möglicherweise schon vorher zu erwartenden krisenhaften Entwicklungen an verschiedenen Punkten schlug Abg. **Onyszkiewicz** (Polen) vor, eine Rechtsfigur ähnlich dem amerikanischen „lend-lease-act“ vorsorglich zu definieren, um bei Bedarf bedrohten Ländern schnell logistische Hilfe, beispielsweise aus den kompatiblen Beständen der NVA, gewähren zu können.

Eine lebhafte Debatte, in der alle oben genannten Fragen erneut aufgegriffen wurden, löste das durch Abg. **Karsten Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) als Vorsitzenden eingebrachte „Umfassende Konzept Europäischer Sicherheit“ aus, das als sein Beitrag zur Einleitung der Plenardebatte angelegt war. Er sprach sich darin für den Fortbestand des amerikanischen Engagements in Europa aus und entwarf ein Konzept ineinandergreifender Strukturen (KSZE, Nordatlantischer Kooperationsrat und NATO). Dabei fielen der NATO neben ihren bisherigen Aufgaben Konfliktverhütungs- und Friedensmissionen im Auftrag der KSZE und der VN zu, zu deren Einbeziehung der Bündnisvertrag erweitert werden müsse. Der Kooperationsrat könne als Beratungsforum für einen umfassenden Euro-Atlantischen Vertrag über Sicherheitspartnerschaft fungieren. Schließlich enthielt die Vorlage die Anregung, die NAV möge sich für ihre Frühjahrstagungen als parlamentarischer Arm des Nordatlantischen Kooperationsrates konstituieren, indem sie die assoziierten Delegationen gleichberechtigt in die Beratungen einbeziehe.

Abschließend dankte der **Vorsitzende** allen Rednern für ihre Beiträge und würdigte die Beratungen des Ausschusses, an denen sich die mittel- und osteuropäischen Delegierten rege beteiligt hatten, als Zeichen einer neuen Sicherheitskultur in Europa.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 16. Mai 1992 unter Vorsitz von Abg. **Bouvard** (Frankreich). Der Ausschuß behandelte Berichtsentwürfe von Abg. **George** (Verinigtes Königreich), Abg. **Bouvard** (Frankreich), Senator **Gerosa** (Italien) sowie Abg. **Herrero** (Spanien) und hörte Vorträge des Direktors des kanadischen Instituts für internationalen Frieden und Sicherheit, **Bernard Wood**, und des Leiters des Referats für multilaterale und regionale Angelegenheiten der NATO, **Marcel Leroy**.

Im Mittelpunkt der Ausschußsitzung stand der Entwurf eines Generalberichtes zu den transatlantischen Beziehungen und zur ausländischen Unterstützung für die ehemalige Sowjetunion, den Generalbericht-erstatte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) vorgelegt hatte. Der Generalbericht-erstatte ging in erster Linie auf die neuen Herausforderungen für das Atlantische Bündnis und die erforderliche Neuorientierung der NATO ein. Er unterstrich, daß die NATO die entscheidende Grundlage für die Schaffung eines stabilen Sicherheitsumfeldes bilde und ein unverzichtbares Forum für transatlantische Konsultations- und Koordinierungsbemühungen darstelle. Die NATO habe sich in den letzten Jahren verändert und werde sich den neuen Herausforderungen anpassen, auch wenn es dafür noch keine Sofortlösungen gebe. Im Zusammenhang mit den Veränderungen im Bündnis ging er kurz auf die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrates (NACC) ein, der die Beziehungen zu den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes institutionalisiere. Der Generalbericht-erstatte vertrat die Auffassung, daß die neuen Demokratien auf lange Sicht nicht von kollektiven Verteidigungsvereinbarungen ausgeschlossen werden dürften, wenn sie über stabile demokratische Institutionen verfügten, ihre Streitkräfte mit der integrierten Kommandostruktur der NATO vereinbar seien und alle im Rahmen der VN und der KSZE eingegangenen Verpflichtungen erfüllt seien.

In der anschließenden Diskussion standen drei Themen im Vordergrund, nämlich die Erweiterung der NATO als mögliche Perspektive für die osteuropäischen Länder, der Stellenwert und die Rolle der KSZE sowie der Abzug der kanadischen Streitkräfte aus Europa und seine Auswirkungen auf das Bündnis. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder sah die Notwendigkeit einer Anpassung der NATO an die veränderten politischen und militärischen Gegebenheiten. Parlamentarier der assoziierten Delegationen bekundeten das Interesse ihrer Länder an einer engen Zusammenarbeit mit der NATO in allen Bereichen und begrüßten die Institutionalisierung der politischen Konsultationen durch die Schaffung des NACC. Im Zusammenhang mit der Stationierung von NATO-Truppen in Europa kritisierten einige Ausschußmitglieder den vollständigen Abzug der kanadischen Truppen, deren Präsenz Ausdruck der politischen und militärischen Verantwortung Kanadas für Europa gewesen sei.

Im Verlauf der weiteren Debatte unterstrich Abg. **Frinking** (Niederlande), daß Integration die Grundlage der zukünftigen Entwicklung der NATO sei. Integration bedeute, daß sich die NATO für neue Mitglieder, wie beispielsweise Ungarn, Polen und die CSFR, öffnen müsse. Im Gegensatz zur Mitarbeit im NACC sei die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in der NATO eine neue und wichtige Perspektive für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

Für die deutsche Delegation meldeten sich Abg. **Klaus Francke** und **Manfred Opel** sowie Staatsminister **Dr. Thomas Goppel** zu Wort. Abg. **Klaus Francke** unterstrich, daß sich die NATO, die weiterhin Anker der Sicherheit bleibe, mit den neuen Herausforderungen auseinandersetzen müsse. Er sprach sich für eine

Stärkung der WEU als europäischem Pfeiler der NATO aus und begrüßte die Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses. Wichtig für die weitere Entwicklung in Osteuropa sei die Unterstützung im wirtschaftlichen und politischen Bereich durch die NATO-Mitgliedsländer. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die humanitäre und wirtschaftliche Hilfe hin, die die Bundesrepublik Deutschland an die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes geleistet habe.

Abg. **Manfred Opel** wertete den Bericht als einen wichtigen Beitrag zur neuen Zielfindung der NATO. Die Diskussion über zukünftige Aufgaben und neue Mitglieder der NATO sei wichtig, da Stillstand immer Rückschritt bedeute. In der Vergangenheit habe die NATO auch Mitgliedschaften von Ländern, die die hohen Erwartungen nicht immer erfüllt hätten, gefördert. Daher sollten bei der Aufnahme neuer Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa in die NATO die Anforderungen nicht zu hoch angesetzt werden. Im übrigen sprach er sich angesichts der konfliktverschärfenden Wirkung von breiten und unkontrollierten Rüstungsexporten für eine gemeinsame NATO-Exportpolitik aus.

Staatsminister **Dr. Thomas Goppel** wies ebenfalls auf die umfangreichen Hilfsleistungen der Bundesrepublik Deutschland für die mittel- und osteuropäischen Länder hin. In den Augen der Bevölkerung könne dieses starke deutsche Engagement zukünftig aber nur dann beibehalten werden, wenn andere NATO-Länder zu entsprechenden Komplementärausgaben bereit seien.

Anschließend bewertete der Direktor des kanadischen Instituts für internationalen Frieden und Sicherheit, **Bernard Wood**, die euro-atlantische Gemeinschaft aus kanadischer Sicht. Angesichts des politischen Umbruchs in der Welt unterstrich er die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels in der NATO. Die NATO müsse auch in Zukunft die Grundlage für den Stabilitätsprozeß bilden und die notwendigen Sicherheitsgarantien bieten. In diesem Zusammenhang sei der von der NATO begonnene Dialog und die vorgesehene Zusammenarbeit mit den neuen osteuropäischen Demokratien in Militär- und Sicherheitsfragen von großer Bedeutung. Abschließend sprach er sich dafür aus, die Beziehungen zu Japan als pazifischem Partner der NATO weiter auszubauen und den Dialog in Sicherheitsfragen zu verstärken.

Im vorläufigen Zwischenbericht der Arbeitsgruppe für eine neue europäische Sicherheitsordnung gingen die beiden Bericht-erstatte Abg. **Bouvard** (Frankreich) und Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) auf die jüngsten Entwicklungen im KSZE-Bereich und die Arbeit des IV. KSZE-Folgetreffens in Helsinki ein. Die beiden entscheidenden Herausforderungen für Helsinki seien die Schaffung eines zwingenden Mechanismus für die friedliche Streitbeilegung und die Verständigung über eindeutige Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens und über Sanktionen im Falle einer Nichtbefolgung. Zugleich wiesen die Bericht-erstatte darauf hin, daß die Arbeit der KSZE-Regierungen erstmalig auf dem Budapester Treffen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE geprüft und bewertet werde.

Der Leiter des Referats für multilaterale und regionale Angelegenheiten der NATO, **Marcel Leroy**, ging in seinem Vortrag auf den Nordatlantischen Kooperationsrat, die Beziehungen zwischen NATO und KSZE sowie die Entwicklung der europäischen Institutionen ein. Er begrüßte die Schaffung des NACC als Modell für eine mögliche Ausweitung der NATO, sprach sich aber zugleich gegen die Aufnahme neuer Mitglieder zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus, da dies zu einer Lähmung der NATO führen würde. Die NATO habe die Institutionalisierung der KSZE, die sich zur wichtigsten paneuropäischen Institution entwickelt habe, immer aktiv unterstützt. Da die KSZE nicht über die geeigneten Instrumente verfüge, um die von ihr getroffenen Entscheidungen im Bereich der Konfliktverhütung und Friedenssicherung durchzusetzen, müsse sie die Durchführung der Maßnahmen anderen Organisationen übertragen. Im Zusammenhang mit den europäischen Institutionen begrüßte er den Prozeß der europäischen Einigung und sprach sich für eine Vernetzung der bestehenden europäischen Institutionen aus. Im Anschluß an den Vortrag setzte sich Staatsminister **Dr. Thomas Goppel** dafür ein, im Rahmen der KSZE frühzeitig Instrumentarien zur Konfliktverhütung zu entwickeln, die es der NATO oder der WEU erlaubten, einzugreifen.

In Abwesenheit von Senator **Gerosa** (Italien) stellte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) den Entwurf eines Zwischenberichtes über den Nordatlantischen Kooperationsrat vor. Der Bericht befaßt sich mit der Entstehungsgeschichte des NACC, seinen bisherigen Arbeiten und seinen zukünftigen Aufgaben. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere von den Vertretern der assoziierten Delegationen die Frage aufgeworfen, ob die NAV parallel zur Entwicklung in der NATO ein dem NACC entsprechendes Instrument für Dialog und Zusammenarbeit schaffen werde.

Im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht des Unterausschusses „Südregion“ des abwesenden Senators **Gerosa** (Italien) erstattete Senator **Orlando** (Italien) einen kurzen Bericht über die Reise des Unterausschusses nach Ägypten. Er unterstrich, daß der Ausbau der Beziehungen zu den Mittelmeerländern außerhalb des Bündnisgebietes von großer Bedeutung für die NATO sei und regte deshalb einen weiteren Besuch des Unterausschusses in Marokko an.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte unter Vorsitz von Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland).

Auf der Tagesordnung standen Berichtsentwürfe der Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), **Banks** (Vereinigtes Königreich), **Lewis** (Vereinigte Staaten) und Senator **Hastings** (Kanada).

Als Gastredner sprachen der Exekutivdirektor des nationalen kanadischen Büros der UNCED 92, **Victor Buxton**, sowie der Abteilungsleiter für multilaterale Angelegenheiten bei der Agentur für Rüstungskon-

trolle und Abrüstung (ACDA) in Washington, **Mike Moodie**.

Als erster Berichterstatter legte Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) seinen Berichtsentwurf über den Erdgipfel und die Zerstörung der Ozonschicht vor. Er ging dabei zunächst auf die Forschungsergebnisse dänischer Wissenschaftler zur Klimaveränderung ein und sprach sich für eine Intensivierung der Forschung auf diesem Gebiet aus. Im Hinblick auf die Haltung der Vereinigten Staaten in Umweltfragen lobte Sir Peter den amerikanischen Kongreß und forderte ihn auf, weiterhin Druck auf die Administration auszuüben. Sir Peter referierte daraufhin zum bevorstehenden Erdgipfel in Rio und stellte die Erdcharta und die Agenda 21 vor, die im wesentlichen eine Synthese der von ca. einhundert Staaten vorgelegten Vorschläge sei. Die voraussichtlichen Ergebnisse von Rio beurteilte Sir Peter mit Skepsis. Man würde sich vermutlich lediglich auf Konsultationsmechanismen in Umweltfragen einigen. Er glaube z. B. nicht, daß die Teilnehmerstaaten sich bei der Frage der Finanzierung von Umweltmaßnahmen zu konkreten Zielen verpflichten würden.

Der Berichterstatter machte den Vorschlag, die Abstimmung über den Berichtsentwurf nicht auf die Jahrestagung in Brügge zu vertagen, sondern vielmehr in Banff zu verabschieden, um ihn auf diese Weise den Regierungen der Mitgliedsstaaten und der assoziierten Staaten sowie deren Parlamentariern noch vor Rio vorlegen zu können. Sowohl im Ausschuß als auch in der Plenarsitzung wurde der Bericht mit einigen kleineren Änderungen einstimmig angenommen.

In seinem Vortrag über den Umweltgipfel in Rio gab der Gastredner **Victor Buxton** vom nationalen kanadischen Sekretariat der UNCED 92 einen Überblick über die Vorarbeiten zu der Konferenz und erläuterte die wichtigsten Themenkomplexe, die in Rio anstehen. Wie schon sein Vorredner, nahm auch Buxton zu den voraussichtlichen Konferenzergebnissen Stellung und prognostizierte ein globales „bargaining“ zwischen Nord und Süd. Schon jetzt könne die UNCED 92 aber positiv beurteilt werden, alleine wegen der Sensibilisierung, die von ihr ausgegangen sei. In der sich anschließenden Debatte betonten die Redner die Notwendigkeit, in Rio Schwerpunkte zu setzen, um zu große Verallgemeinerungen zu vermeiden und konkrete Ergebnisse zu erzielen. Die kanadische Delegation wies wiederholt auf die besondere Bedeutung, die das Problem der Überfischung für Kanada habe, hin. Die Delegierten pflichteten Abg. **Redemijer** (Niederlande) bei, der die Verantwortung der Industrieländer für die Umwelt betonte und größere Anstrengungen dieser Länder forderte. Auch der Ausschußvorsitzende Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) wies noch einmal darauf hin, daß die Industrieländer sowohl Verursacher als auch Opfer ihrer Politik im Hinblick auf die Umwelt seien.

Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) legte einen Zwischenbericht des Unterausschusses „Verifikation und Technologie“ vor, der sich mit dem nuklearen Erbe auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion auseinandersetzt. Dabei wurde insbesondere die Problematik der Dispersion und Zerstörung von Atomwaffen ange-

schnitten. Es gebe eine zunehmende Zahl Entwicklungsländer, die nukleares Material aufkauften und Atomwissenschaftler anwerben würden. Die westliche Hilfe bei der Lösung dieser Probleme müsse intensiviert werden. Insbesondere eine Stärkung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) sei notwendig, so z. B. bei der Untersuchung von Atomprogrammen. Dabei müsse der internationale Druck auf Länder, die sich der IAEO-Verifizierung widersetzen, verstärkt werden. Der Ausschußvorsitzende Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich die herausragende Bedeutung der in dem Bericht behandelten Problematik, vor allem in der Diskussion über eine neue Weltordnung.

In seinem Vortrag über die Rüstungskontrolle, die Technologie und das neue strategische Umfeld, gab **Mike Moodie**, stellvertretender Direktor für multilaterale Angelegenheiten bei der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung (ACDA) mit Sitz in Washington, einen Überblick über die veränderten Rahmenbedingungen im Bereich der Rüstungskontrolle. Bedeutsam seien in diesem Zusammenhang das sich wandelnde Konzept der Sicherheit, die Chancen und Risiken, die das Ende des Kalten Krieges und das Auseinanderbrechen der ehemaligen Sowjetunion mit sich brächten und die Lehren aus dem Golfkrieg, der gezeigt habe, daß die Bildung von ad-hoc-Koalitionen möglich ist, wenn sich ein starkes gemeinsames Interesse abzeichnet. Moodie sprach die aktuellen Themen der Rüstungskontrolle wie Nichtproliferation und Hightechtransfer sowie die regionale Rüstungs-

kontrolle, der eine neue Bedeutung zukomme, an. In bezug auf die Modalitäten der Rüstungskontrolle betonte Moodie die Bedeutung unilateraler Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsmaßnahmen.

Im Anschluß an einen vom Vorsitzenden des Unterausschusses „Verifikation und Technologie“, Abg. **Hastings** (Kanada) vorgetragenen Bericht über die Aktivitäten des Unterausschusses, legte Abg. **Lewis** (USA) einen Berichtsentwurf über Raketenabwehrtechnologien vor. In seinen Ausführungen konzentrierte er sich auf die Darstellung des Abwehrsystems GPALS, das im Gegensatz zu SDI keinen Rundumschutz anstrebe. Die Abschreckungswirkung von GPALS basiere auf seiner Fähigkeit, begrenzte, schwächere Angriffe abzuwehren. **Dennis L. Brining** von der Firma Lockheed ergänzte den Vortrag. Er bat die Mitglieder der Allianz, sich an GPALS zu beteiligen.

Einer Diskussion über die Kommentare des NATO-Generalsekretärs zu den politischen Empfehlungen, die 1991 von der Nordatlantischen Versammlung angenommen wurden, schloß sich die Bitte des Ausschußvorsitzenden Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) an die Adresse der assoziierten Delegationen an, zur Arbeit des Ausschusses Stellung zu nehmen. Delegierte aus Polen, der Russischen Föderation und Ungarn äußerten den Wunsch, dem Thema Umweltschutz mehr Raum im Ausschuß zu widmen.

Klaus Francke (Hamburg), MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Kröning
Stellv. Leiter der Delegation

Erklärung „Die Jugoslawische Tragödie: Lehren für das Bündnis“

vorgelegt von Abg. Hans Haekkerup (Dänemark), Präsident Charlie Rose (USA),
Sen. William V. Roth (USA)

Die Mitglieder der Nordatlantischen Versammlung — einschließlich der assoziierten Delegationen — sind einhellig der Meinung, daß die an den Völkern des ehemaligen Jugoslawien begangenen Greuel moralisch und politisch ein Verbrechen sind. Ferner sind die Mitglieder der NAV der Ansicht, daß diese Frage sowohl um der Sache selbst willen als auch zur Abwendung weiterer, ähnlicher Tragödien in der Zukunft das Hauptthema auf der Tagesordnung der Europäischen Sicherheit sein sollte. Unsere Institutionen werden da eine Antwort finden und sich entsprechend einrichten müssen.

Das Blutbad und menschliche Leid, das wir in den letzten Wochen beobachten mußten, sollten ebenso wie die Unzulänglichkeit der Reaktionen gerade jener Institutionen, die gegenwärtig Stabilität und Sicherheit fördern, allen zivilisierten Nationen als ständige Mahnung gelten.

Die Republiken des früheren Jugoslawien werden gegenwärtig von einer humanitären Katastrophe ungeheuren Ausmaßes heimgesucht. Die Identifizierung und effektive internationale Isolierung der Urheber dieser Greuel — welcher Volksgruppe sie auch angehören mögen — durch die Völkergemeinschaft muß absoluten Vorrang erhalten. Darüber hinaus müssen neue Mechanismen und Modalitäten festgelegt werden, um der KSZE die Befugnisse zu geben, ihre friedenswahrende Rolle operativ zu verwirklichen. So kann gewährleistet werden, daß ein derartiges Verhalten irgendeiner Nation oder Volksgruppe

auf dem europäischen Kontinent nicht geduldet wird.

Es ist an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen. Das bedeutet, daß wir die Funktionen unserer bestehenden Institutionen auf die unmittelbar vor uns liegenden, drängenden Aufgaben hin und nicht auf der Grundlage hypothetischer Szenarien, die wenig Sinn ergeben und veraltete Denkweisen widerspiegeln, ausbauen müssen.

Die Lösung der jugoslawischen Tragödie müssen wir mit unserer ganzen Kraft anstreben. Dieses Problem betrifft das Bündnis unmittelbar und elementar, und die NATO sollte sich ihm mit größter Dringlichkeit widmen. Darüber hinaus müssen wir aus diesen traurigen Ereignissen auch lernen. Zu diesem Zweck ruft die Versammlung das Bündnis auf, bei der Beseitigung der zahlreichen Quellen der Instabilität im heutigen Europa die Führung zu übernehmen und eine aktive und konstruktive Rolle zu spielen. Die NATO ist insofern einzigartig, als keine andere bestehende Organisation über die integrierten militärischen und logistischen Kapazitäten für multinationale militärische Operationen verfügt. Wir glauben, daß es nunmehr für die NATO von entscheidender Bedeutung ist, sich rasch auf die Übernahme friedensbewahrender Aufgaben unter der Autorität der KSZE und der VN vorzubereiten. Die traditionellen und weiterhin gültigen Aufgaben und Zuständigkeiten der NATO als ein auf den Nordatlantikbereich begrenztes Verteidigungsbündnis werden durch die neue Verantwortung nicht berührt.